

Protokoll des 71. Treffens des ABSP am 13.8.2016 in Magdeburg

Teilnehmer aus Braunschweig, Gießen, Göttingen, Halle, Köln, Magdeburg und Wipperfürth

1. Formalia

Moderation: Göttingen

Protokoll: Halle

Die Tagesordnung gemäß der Rundmail vom 4. August 2016 wurde angenommen.

Im TOP 3 wurde eine Ergänzung vorgenommen (Arbeit in der LINKEN / in Parteien).

Genehmigung letztes Protokoll ohne Änderungen (siehe Anhang der Rundmail vom 4.8.2016).

Resultierende Tagesordnung:

1. Formalia (Begrüßung, Moderation, Protokoll, Tagesordnung, Genehmigung letztes Protokoll, siehe Anhang dieser Rundmail), Vorstellungsrunde
2. Stand der Kampagne gegen den Tarifvertrag Leiharbeit
3.
 - a. Arbeit in der LINKEN / in Parteien
 - b. Stand der Kampagne 500-10 (steuerfrei), Petition, weitere Aktivitäten
4. Weitere Themen der Sozialproteste
5. Aktuelles

Kurze Berichte aus den Regionen:

Magdeburg: Rechtsverschärfung führt zu gnadenlosen Abschaltungen bei der Stromzufuhr und zu Zwangsräumungen. Schulden bei den Ärmsten werden nicht akzeptiert. Besonders betroffen sind Alleinerziehende.

Seit 2008 gibt es offenbar eine inoffizielle Absprache zwischen den Jobcentern und dem Sozial- und dem Verwaltungsgericht. Der Verdacht, dass dadurch gezielt Prozesse verschleppt und Beschlüsse und Urteile zugunsten von Betroffenen verhindert werden.

Ab dem 1.12.2016 gibt es den Berufsstand Lehrer nicht mehr. Er wird abgeschafft.

In der AQB haben sich die Arbeitsbedingungen für die bei der Tafel in Buckau beschäftigten älteren Frauen nach dem Umzug in ein mehrgeschossiges Haus wesentlich verschlechtert. Ein-Euro-Jobber durften früher nur bis 18 Uhr arbeiten, das ist vorbei, jetzt geht sogar Nachtarbeit.

ALG-II-Bezieher haben kein Anrecht mehr auf einen Kühlschrank, eine Waschmaschine und einen vernünftigen Herd- die Veränderung der kommunalen Richtlinie erfolgte mit der Zustimmung durch die LINKEN.

Köln: Aufgrund des Drucks von unten wurde der Wohngeldsatz wesentlich über die gesetzliche Höhe verändert. Davon profitieren auch die HARTZ-IV- Betroffenen.

In der BAG Hartz IV bei der LINKEN bringen Vertreter des bedingungslosen Grundeinkommens viel Unruhe in die Partei.

Es muss die notwendige Arbeitszeitverkürzung wieder gefordert werden um Arbeitsplätze zu sichern und neu zu schaffen.

Im Mai 2017 finden Landtagswahlen in NRW statt.

Halle: Im Jobcenter werden die Betroffenen aufgefordert wieder die Briefkästen zu benutzen, Empfangsbestätigungen werden erst in einer zweiten Räumlichkeit und nach erforderlicher Abarbeitung einer zweiten Warteschlange erstellt. Gerade Migranten können dadurch erhebliche Nachteile entstehen, wenn sie ihre Mitarbeit nicht nachweisen können.

Braunschweig: moderates Verhalten der Jobcenter noch derzeit trotz der Rechtsverschärfung

Göttingen: Es wird versucht, über die Kontinuität in der Parteiarbeit bei den LINKEN die Möglichkeit zu schaffen, für eine Öffentlichkeitsarbeit für die Forderungen nach einem höheren Existenzminimum und für die Steuerfreiheit desselben.

Gießen: DGB-Jugend machte Aktionen gegen die Leiharbeit

<https://mittelhessen.igbce.de/2014-08-04-giessen---bruecke-in-den-1-arbeitsmarkt/85160>

Parteien äußern sich nicht deutlich zu Hartz-IV und zur Leiharbeit.

(o. g. Aussagen wurden z. T. erst später getroffen)

2. Stand der Kampagne gegen den Tarifvertrag Leiharbeit

Während für einen Teil des DGB das Fehlen eines flächendeckenden Tarifvertrags Teufelszeug ist, sind die Positionen innerhalb der Gewerkschaften recht unterschiedlich. Gerade in ver.di sind Beschlüsse und das Aufstellen von Forderungen (unabhängig von Gewerkschaftstagen wie bei der IGM) in kleineren Gremien möglich. Allerdings wird auch dort die Umsetzung dieser Forderung durch die Sozialpartnerschaft von Teilen der Bürokratie verhindert.

Das Sammeln von Unterschriften mit Forderungen an den DGB ist sinnvoll.

Die von Labournet initiierte Aktion gegen die Leiharbeit und gegen den Tarifvertrag (TV) Leiharbeit wurde von der FAU und vom ABSP von Anfang an unterstützt.

<http://www.labournet.de/politik/alltag/leiharbeit/leiharbeit-gw/offener-brief-equal-pay-fuer-leiharbeiterinnen-diskriminierende-tarifvertraege-ersatzlos-kuendigen/?cat=7887>

<http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2016/07/verleihnix.pdf>

Der Text ist inhaltlich exakt, aber sehr abstrakt formuliert und dadurch leider auch weniger anschaulich für Leser ohne politische Sachkenntnis und entsprechendes Bewusstsein. Für die meisten ist es unbekannt, dass der Leiharbeits-TV andere Tarifverträge unterläuft und Equal Pay verhindert. Im Gegenteil ermöglicht und unterstützt er die durch die Hartz-Gesetze geschaffene Situation bei der Arbeitnehmerüberlassung und die Ausbreitung von Scheinwerkverträgen als legalisierte Form illegaler Leiharbeit.

Einerseits möchte der DGB scheinbar gegen die Werksvertragspraxis vorgehen, andererseits schwächt ein vom Kapital dem DGB aufgezwungener TV bei der Leiharbeit die Einzelgewerkschaften und die Glaubwürdigkeit des DGB's bei der Durchsetzung der Interessen der Lohnabhängigen.

Was nützt das Geschwätz von Equal Pay und Equal Treatment, wenn ein TV in der Leiharbeit gerade dies verhindert und die Leiharbeiter geheuert und gefeuert werden und von einer Firma in eine andere verliehen werden noch bevor sie ansatzweise den entleihenden Betrieb kennengelernt haben und die ihnen dort zustehenden Rechte. Ein entscheidender Fakt ist die Tatsache, dass die durchschnittliche Anstellungsdauer bei Leiharbeitern in den verleihenden Firmen unter drei Monaten liegt. Und ein weiterer Fakt, dass ein nicht geringer Teil der Leiharbeiter überqualifiziert ist für die von ihnen verrichteten Arbeiten und alle völlig unterbezahlt werden. Ein TV wird die Löhne bei der Arbeitnehmerüberlassung in Richtung gesetzlicher Mindestlohn stauchen und damit indirekt andere Tariflöhne ebenfalls nach unten drücken.

Außerdem legalisiert er die wesentliche Beschneidung von Arbeitnehmerrechten.

Auch wenn die entleihenden Firmen behaupten, dass die Sachkosten für die Leiharbeit wesentlich höher sind als die Lohnkosten bei den eigenen Arbeitnehmern, so werden für die Leiharbeit seitens der Entleihenden keine Sozialausgaben getätigt und der Verleihende betreibt nicht nur Lohnraub neben dem fiskalen Trickereien sondern auch legalisierten Sozialversicherungsbetrug.

Bei konzerninternen Leiharbeitsunternehmen bleiben dann die Gewinne auch noch im eigenen Konzern und können als Investitionen kaschiert werden, die dann am Ende auch noch zusätzlich staatlich subventioniert werden, weil sie temporär ein paar Arbeitsplätze und höhere Gewinne (und ungenannt subventionierte ‚Verluste‘) schaffen.

Um gegen die Leiharbeit kämpfen zu können, muss man in die Gewerkschaften eintreten, und es reicht nicht, Leiharbeit einfach abzulehnen.

Ein besonders gefährlicher Aspekt in der Leiharbeit ist die Einhaltung des Arbeitsschutzes. In Sachsen z. B. werden Frauen kurzzeitig als Leiharbeiter in Chrom-VI-kontaminierten Bereichen eingesetzt. Chrom VI ist stark krebserregend, aber die Erkennung des Krebses

dauert bei Menschen mittleren Alters oft mehrere Jahre.

Beschluss:

Um eine einfachere Verständlichkeit der Forderung nach einem Ende der Verhandlungen zum TV Leiharbeit und für die Leiharbeitspraxis zu erreichen, sollte dem Aufruf in der Unterschriftenliste eine leichter verständliche, erläuternde Begründung vorangestellt werden, die auch von Menschen mit weniger politischer Bildung und entsprechend geringerer Sensibilität in diesem Thema verstanden werden kann.

3. Stand der Kampagne 500 / 10 (steuerfrei), Petition, weitere Aktivitäten

3a. In TOP 1 „Formalia“ wurde ein Unterpunkt beschlossen, **Aktivitäten in der LINKEN (u. anderen linken Parteien)** für die Lohnsteuerfreiheit des Existenzminimums.

Edgar Schu aus Göttingen, der in den letzten Jahren sehr viel koordinierende Arbeit für das ABSP geleistet hat, hatte diesen TOP vorgeschlagen, um zu überprüfen, wie seine Versuche zu bewerten sind, Positionen des ABSP in die partei-politische Diskussion zu bringen und zu diesem Zweck nicht nur kommunale Wahlkampfmaterialien mitzugestalten, sondern sogar selbst für den Stadtrat in Göttingen zu kandidieren.

In Göttingen wurden Flyer entworfen. <http://linkes-portal-goe.net/>
http://linkes-portal-goe.net/downloads/Kurzwahlprogramm_Goe.pdf
http://linkes-portal-goe.net/downloads/Flyer_Kommunalfinzen_Goe.pdf

Die Forderung nach besserer finanzieller Ausstattung der Kommunen, damit die notwendigen Subventionen öffentlicher Dienste wieder stattfinden können, ist die Kernaussage dieses Wahlkampfmaterials. Ähnlich wie bei der Forderung nach Steuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohns, die in dem Rahmen ebenfalls erwähnt und verbreitet wird, geht es darum, dass Menschen mit mittlerem Einkommen nicht mehr gegen diejenigen mit den niedrigsten ausgespielt werden sollen.

Die Mehrzahl der Lohnabhängigen würde profitieren, die Besteuerung der Reichen und vor allem der Superreichen müsste ausgebaut werden.

Es gab gerade aus Magdeburg viele kritische Beispiele für das Versagen der LINKEN. Der Versuch ‚nur kleine Brötchen zu backen‘ brachte die Partei in Misskredit.

In Göttingen wird in und über die Partei Die Linke in dem linken Wählerbündnis (Linke, DKP und Parteilose) Druck erzeugt, der Verbesserungen für die Betroffenen bringen soll.

In anderen Kreisen und Regionen ist eine Zusammenarbeit unter den linken Parteien schwer möglich, weil Unvereinbarkeitsbeschlüsse die notwendige Klärung programmatischer Differenzen und vor allem eine konkrete Zusammenarbeit behindern. In den Altbundesländern ist die Partei die LINKE nicht so stark kompromittiert.

Um mitregieren zu wollen, gehen Vertreter der LINKEN und anderer Parteien Kompromisse ein. Für das ABSP besteht die Gefahr, durch unsere Klassenkampffargumentation einerseits und andererseits die teilweise Unterstützung und Zusammenarbeit mit Parteien und Personen, die dem Parlamentarismus sich verschrieben haben, unsere Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Konträre Diskussion:

Im Parlament agieren und reagieren, nicht regieren als oberstes Ziel.

Gemeinsam mit den (linken) Parteien diskutieren und gemeinsame Standpunkte finden- mit diesen in die Öffentlichkeit gehen. Keine unangebrachte Kompromissbereitschaft vor der Wahl zeigen.

Bei der Umsetzung ist darauf hinzuweisen, was Programm und was der Kompromiss ist. Ein Kompromiss kann bremsend wirken, schlägt aber ein Kompromiss ins Gegenteil vom Programms um, dann kann man nicht koalieren.

Einen Regierungskompromiss eingehen mit einer Partei, die z. B. CETA und TTIP will, ist politischer Selbstmord. Ein Suchen nach Punkten, wo man Zugeständnisse für eine Mitregierungsverantwortung machen kann, ist falsch. (Zugeständnisse in der Steuerpolitik macht die LINKE regierungsfähig.)

Koalieren heißt politische Verantwortung für das Kapital zu übernehmen.

Als deutliches Beispiel wurde das Magdeburger Modell (2000-2005) genannt, wo die PDS/ die LINKEN die SPD und die Grünen bei der Regierung stützten. Noch heute haben diejenigen in der Partei das Sagen, die für eine faule Koalition sind und nicht für die Durchsetzung eines konsequenten Programms.

Aufgabe eines Parteibündnisses ist es den reformistischen Parteien die Stimmen abzunehmen und nicht mit diesen zu koalieren. Die SPD vertritt den Liberalismus! (Die Berufsverbotspraxis der 70- und 80-iger Jahre wird verdeckt fortgesetzt.)

In Griechenland hatte z. B. Syriza trotz eines fehlenden Programms sehr viele Stimmen bei der Wahl erreicht, machte falsche politische Entscheidungen und entpuppte sich als trojanisches Pferd.

Bis heute hat die SPD nicht zugegeben, dass die Agenda 2010 ein Fehler war. Bräuche die SPD mit grundsätzlichen Fehlern, dann wäre sie als Partner interessant.

Bleibt das ABSP parteiunabhängig und konsequent bei seinen Forderungen und geht keine Kompromisse ein, sollte eine Rot/Grüne Koalition einen Linksschwenk machen, sollte dies keinesfalls ein Anlass sein unsererseits mit einer Partei einen Rechtsschwenk zu machen um koalitionsfähig zu werden. Keine Zugeständnisse auf Kosten der Betroffenen, keine Mitarbeit an einer neuen Agenda.

Das ABSP ist parteiunabhängig, die LINKE ist momentan unser nächster Partner, der unsere Forderungen in den Bundestag bringen könnte. Gleichzeitig ist diese Partei ein großer Hindernisfaktor, weil sich die Führung in den Parlamenten weigert die Forderungen im Interesse der Lohnabhängigen konsequent durchzusetzen. Vor einem Jahr gab es den Versuch die Aktivitäten zur Durchsetzung der Lohnsteuerfreiheit als Maßstab bei der Aufstellung von Kandidaten bei den Wahlen zu Parlamenten zu nutzen.

Mit der Partei die Betroffenen organisieren und nicht die Parlamente sind das Ziel.

In den Betrieben muss der Widerstand organisiert werden und nicht auf der Straße.

Von der Straße in die Gewerkschaften und in die Betriebe. Die Gewerkschaften, Vereine und Parteien wirken aber vorrangig systemisch stabilisierend und dies wird unter Ausnutzung der Opportunisten und glücklichen Sklaven durch das Kapital gefördert.

Ergebnis der Diskussion zu diesem Unterpunkt bzw. diesem Diskussionsbedarf von Edgar:

Inhaltlich wurde die Herangehensweise im Interesse der von Sozialabbau und Lohndumping Betroffenen, auch auf dem Wege einer Kandidatur für den Stadtrat, durch die Anwesenden begrüßt. Es bestanden aber Zweifel, ob trotz dieses parteipolitischen Engagements eines in den letzten Jahren für das ABSP sehr wichtigen Mitstreiters die für das ABSP notwendigen Arbeiten getan werden können.

3b. Stand der Kampagne 500 / 10

Aus Köln wurde noch einmal deutliche Kritik an den Gewerkschaften geäußert, weil sie völlig unzureichend die Betroffenen im SGB II- und SGB XII- Bereich vertreten. Auch in den Betrieben. Dementsprechend wären nur die Betroffenen direkt für die Durchsetzung ihrer Interessen zu mobilisieren.

Das ABSP kämpft dafür, dass die Gewerkschaften mit ihren Mitgliedern dafür einsetzen, dass die Lohnabhängigen gemeinsam mit den von Erwerbstätigkeit Ausgeschlossenen für ihre gemeinsamen Interessen kämpfen. Die Aktivitäten der DGB-Jugend in Gießen sind ein gutes Beispiel. Der ver.di Bezirksjugendvorstand Bremen-Nordniedersachsen hat als erste gewerkschaftliche Gliederung den Aufruf gegen den Leiharbeits-TV unterzeichnet.

<http://www.labournet.de/politik/alltag/leiharbeit/leiharbeit-gw/offener-brief-equal-pay-fuer-leiharbeiterinnen-diskriminierende-tarifvertraege-ersatzlos-kuendigen/#ErstunterzeichnerInnen>

Frauen stellen aufgrund ihrer besonderen Rolle in der Gesellschaft eine besonders sensible

Mehrheit dar. Nicht nur beim Thema Leiharbeit, vor allem bei dem Thema Prekarisierung und Existenzminimum.

Günstige Termine sind der Weltfriedenstag am 1. September und der 17.9.2016 der bundesweite Aktionstag gegen CETA und TTIP. Verteilt werden sollte der aktuelle Flyer mit dem Flyer zu Syrien (siehe weiter unten).

Vorbereitung einer Petition zur Steuerfreiheit des Existenzminimums

Zum Entwurf:

Form und Inhalt des aktuellen Flyers ist dafür ungeeignet.

http://www.klartext-info.de/flugblaetter/Eckregelsatz_und_Menschenwuerde_20160226.pdf

Ebenso ungeeignet ist für diesen Zweck die Bündnisplattform, um die es im Kern geht:

http://www.500-euro-eckregelsatz.de/mat/plattform_2014-08-22.pdf

Lange schon wird seitens des Kapitals von Steuerentlastungen geredet und dabei wurde das Existenzminimum immer und nachweisbar seit mehr als vier Jahrzehnten besteuert. Das steuerliche Existenzminimum wird durch den zu niedrigen Grundfreibetrag der Einkommensteuer unter dem sozialrechtlichen Existenzminimum gehalten. Hinzu kommt an Besteuerung nicht nur die Umsatzsteuer, sondern auch indirekt die verstärkte Umlagerung u. a. in die Mieten, während die Konzerne und Superreichen zunehmend überproportional profitierten und das Kapital seine aggressive Außenpolitik mit diesen Gewinnen verstärkt finanzierte. Mit den Hartz-Gesetzen wurde ein viel zu geringer Eckregelsatz bewusst gewählt und damit sanktionsbewehrte Zwangsarbeit im Niedrigstlohnsektor per Gesetz eingeführt, was auch zu spürbaren Einkommensverlusten bei den Normalverdienern führte.

- Unsere Forderung ist die steuerliche Anerkennung des Mehrbedarfs für Beschäftigte analog zum Sozialrecht SGB II § 11 b (Absetzbeträge).
- Es geht nicht an, dass ein viel zu geringes Existenzminimum in das Steuerrecht eingeht.
- Es geht nicht an, dass jemand, der mit dem gesetzlichen Mindestlohn in Vollzeit arbeitet, durch die Einkommenssteuer in die soziale Hilfebedürftigkeit (und damit unter das anerkannte schon unzureichende Existenzminimum) gerät.
- Und durch die Aufstockungsleistungen in die sanktionsbewehrte Praxis der Jobcenter. Insbesondere der Zwang in die Leiharbeit und in Werk- und Scheinwerkverträge muss beseitigt werden.

Das Existenzminimum besteht aus einer angemessenen Eckregelsatzhöhe (schon 2005 wurden 500 € als Minimum gefordert), aus einer steuerrechtlich anerkannten Warmmiete, die auch in Großstädten realistisch sein muss (!!), und dem Mehrbedarf für Beschäftigte.

Der Mehrbedarf sollte den realen finanziellen Mehraufwand von Beschäftigten gewährleisten und sich nicht allein an den im SGB II genannten Absetzbeträgen orientieren.

Die Steuerausfälle infolge der veränderten Steuerprogression müssen durch die Besteuerung von Superreichen und Konzernen ausgeglichen werden.

Die Herabsetzung der Umsatzsteuer, eine hinreichende Wiederanhebung der Körperschaftssteuer und höhere Beiträge der Arbeitgeberanteile bei den Sozialabgaben sind ergänzende Maßnahmen der Steuerentlastung.

Selbstverständlich fordern wir einen vernünftigen gesetzlichen Mindestlohn (schon seit 2005 und seit 2009 10 € lohnsteuerfrei) und natürlich auch eine gesetzlich geregelte Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Die bescheidene Forderung nach der Lohnsteuerfreiheit jeden gesetzlichen Mindestlohns bzw. des gesetzlichen Existenzminimums ist ein entscheidender Schritt für eine Umkehr in der Steuerpolitik auf Kosten der Niedriglöhner und Normalverdiener.

Mögliche Mitinitiatoren der geplanten Petition:

- Einzelpersonen
- Gewerkschaften ?
- Verbände ?

- Parteien ?

Die gewerkschaftlichen Erwerbslosenorganisationen verhalten sich ablehnend gegenüber unserem Thema schon seit Jahren (BEA ver.di, KOS) aber dennoch konnte und kann man in den Gewerkschaften etwas bewegen. Aber bei den gewerkschaftlichen Erwerbslosenstrukturen weniger, was seine Gründe in der Ambivalenz hat, die in der Sozialpartnerschaft ihre Gründe hat.

Die GEW unterstützt zwar 500 / 10, ist aber verhalten zu unserer Steuerfreiheit, weil sie ein eigenes Steuerkonzept vertritt.

In der Basis der Volkssolidarität unterstützen Teile unsere Forderung, aber über den DPWW wird nichts kommen.

Zeitliche Planung (rückwärts entworfen):

Herbst 2017	Bundestagswahlen
Sommer 2017	Sommerpause
14. Mai 2017	Landtagswahlen in NRW Start der Petition?
1. Mai 2017	vor dem 1. Mai besser (Wochen und Monate Vorlauf)
Februar	Start der Petition?
Januar/Februar 2017	sinnvoll für den Start der Werbung
Januar 2012	Berlin Luxemburg-Konferenz
9./10.12.2016	Landesvertreterversammlung in NRW (als Mitinitiator)
November 2016	Erstunterzeichnerlisten
15.10.2016	nächstes Treffen ABSP
Mitte / Ende Sept. 2016	Entwurf im Ko-Kreis (nach CETA und TTIP)
1. September 2016	1. Vorentwurf
August 16	Protokoll des Treffens

4. Weitere Themen der Sozialproteste

Dem Unterstützungsaufwurf des Bündnisses „AufRecht bestehen!“ zu einer Blockade-Veranstaltung am BMAS in Berlin am 2.9.2016 wird inhaltlich zugestimmt.

<http://hartz.info/index.php?topic=103442.0>

<https://www.facebook.com/harald.thome.3/posts/576748205818999>

Interessanterweise unterstützt das Bündnis „AufRecht bestehen!“ diese Aktion im Zusammenhang mit den Protesten gegen das „Integrationsgesetz“. Gerade dadurch ist es auch für das ABSP richtig und wichtig.

<https://blockupy.org/6500/wann-wenn-nicht-jetzt-wer-wenn-nicht-wir-grenzenlose-demokratie-von-unten-statt-nationaler-spaltung-von-oben/> (Mai 2016)

Zu kritisieren ist, dass es das Bündnis „AufRecht bestehen!“ nicht geschafft hat, über die Gewerkschaften diesen Aufruf zu verbreiten. Aber vielleicht ist dies auch ein Beweis dafür, wie irreführend das Bündnis arbeitet und wie die Sozialpartnerschaft für Erwerbslose und Flüchtlinge konkret praktiziert wird.

5. Aktuelles

17.9. für Flyer-Verteilung nutzen (Lohnsteuerfreiheit und Syrien-Flyer), Unterschriften gegen den TV Leiharbeit.

Nächstes Treffen möglicherweise in Magdeburg oder Halle.

Optionen:

- Erfurt Radio F.R.E.I Gotthardstr. 21 (evtl.)
- Halle (Theater)
- Magdeburg